

RHE kritisiert geplantes Wertstoffgesetz

Entsorgung Kommunen wehren sich gegen mögliche Privatisierung

Von unserem Redakteur
Markus Lorenz

■ **Rhein-Hunsrück.** Die Rhein-Hunsrück Entsorgung (RHE) läuft Sturm gegen den Arbeitsentwurf für ein Wertstoffgesetz des Bundesumweltministeriums, der Ende des vergangenen Jahres vorgestellt wurde. Die RHE kritisiert vor allem, dass die Wertstofffassung privatisiert werden und damit dem kommunalen Müllentsorger „das Wasser abgegraben werden soll“, wie es Thomas Lorenz, kaufmännischer Vorstand der RHE, gegenüber unserer Zeitung formuliert.

Prinzipiell begrüße man das Ziel des geplanten Gesetzes, die Recyclingquote deutlich zu erhöhen. Das Wertstoffgesetz sieht mittelfristig die Abschaffung des gelben Sacks und dafür die Einrichtung einer sogenannten Wertstofftonne vor. In dieser könnten dann nicht nur Verpackungen, sondern auch andere Abfälle aus Kunststoff und Metall gesammelt werden, zum Beispiel Kleiderbügel und kaputte Bratpfannen. Damit lassen sich nach Ansicht der Befürworter zusätzlich bis zu 5 Kilogramm Wertstoffe pro Einwohner und Jahr hochwertig recyceln.

Mit dem neuen Wertstoffgesetz will das Bundesumweltministerium unter anderem dafür sorgen, dass mindestens 72 Prozent der Kunststoffabfälle, die bei privaten Haushalten anfallen, als Rohstoff weiterverwendet werden. Dazu soll die Produktverantwortung, also die Verantwortung der Hersteller und des Handels für die Entsorgung eines Produktes, die bisher nur für Verpackungen gilt, auf sogenannte stoffgleiche Produkte – wie etwa Bratpfanne oder Kleiderbügel – ausgeweitet werden.

Zukünftig gilt sie nicht nur für Verpackungen, sondern auch für weitere Produkte aus Kunststoff und Metall. Das schreibt der Arbeitsentwurf für das geplante Wertstoffgesetz vor, den das Bundesumweltministerium nun vorgelegt hat. Dieser Arbeitsentwurf ist die Vorstufe zu einem Referentenentwurf; er bildet die Grundlage



Stoffgleiche Produkte wie dieses Haushaltssieb aus Kunststoff und die Weißblechdose sollen in Zukunft über eine Wertstofftonne gesammelt und recycelt werden. Den aktuellen Arbeitsentwurf für ein neues Wertstoffgesetz lehnen Annette Stegmayer und Thomas Lorenz von der Rhein-Hunsrück Entsorgung (RHE) jedoch ab. Er lässt die Kommunen ihrer Meinung nach außen vor.

Foto: Werner Dupuis

für die anstehende fachliche Erörterung mit Behörden, Verbänden und beteiligten Wirtschaftskreisen.

Die dualen Systeme sollen laut Entwurf wie bisher die Wertstoffe einsammeln, sortieren und verwerten. Dafür werden sie vom Handel und der Industrie über Lizenzentgelte für die Produkte und Verpackungen finanziert.

„Der Arbeitsentwurf läuft auf die Privatisierung der Wertstofffassung in der Hausmüllentsorgung hinaus“, heißt es in einer Pressemitteilung der RHE. „Denn mit der Organisation sollen die dualen Systeme betraut werden, ein intransparentes und ineffizientes System, das 2014 kurz vor dem Kollaps stand und bei Kunststoffen nur eine Recyclingquote von 20 Pro-

zent erreicht.“ Die Abfallentsorgung sei aber das „ureigenste Geschäft der Kommunen“, unterstreichen Lorenz und Annette Stegmayer, Marketingchefin der RHE. Deshalb soll auch die Zuständigkeit für die Wertstofftonne bei den Kommunen liegen.

„Wir kommunalen Entsorgungsbetriebe sind tagtäglich und seit Jahrzehnten für eine bürgerfreundliche und nachhaltige Abfallentsorgung im Einsatz“, betont die RHE. „Der Gesetzentwurf soll uns nun an den Rand drängen. Das können wir nicht akzeptieren.“ Nach RHE-Ansicht würde mit der Verwirklichung des Gesetzentwurfs ein „teures und ineffizientes Parallelsystem in der Entsorgung aufrechterhalten und sogar ausgebaut“.

Der rheinland-pfälzische Landkreistag hat den Entwurf zum Wertstoffgesetz aus diesem Grund bereits abgelehnt. Die Entsorgung der Verkaufsverpackungen gehöre wieder in die öffentliche Hand.

Kritik regt sich auch im Bundesrat. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein fordern die kommunale Organisationsverantwortung für die Sammlung von Wertstoffen. Sortierung und Verwertung der Wertstoffe sollen bundesweit über eine neue zentrale Stelle ausgeschrieben und vergeben werden. Die Lizenzierung von stoffgleichen Nichtverpackungen und Verpackungen soll ebenfalls über die zentrale Stelle erfolgen. Die von SPD und Grünen geführ-

ten Bundesländer haben einen entsprechenden Entschließungsantrag im Bundesrat auf den Weg gebracht, dem der Umweltausschuss zugestimmt hat.

In die gleiche Kerbe haut auch die Kritik der RHE. „Bei der Einführung der gelben Säcke ging es ursprünglich um Verpackungsvermeidung. Heute ist daraus ein ruinöser Preiskampf geworden, bei dem es nur noch um Kosten und Finanzierung geht“, unterstreicht RHE-Vorstand Thomas Lorenz. „Der Recyclinggedanke steht heute nicht mehr im Vordergrund, sondern nur noch der billigste Weg – und wenn es über Lohndumping geht.“ Deshalb müsse die Wertstofffassung unbedingt in kommunaler Hand bleiben.